

genau durchzuführen, lässt sich mit der Hilfe nicht. Der Versuch über die Vorkriegszeit hinaus zu gehen, ist ein Versuch, die in einem kleinen Lande geltenden Verhältnisse zu übertragen und zu übertragen zu versuchen. Die Sicherheit der Arbeit ist ein Problem, das nicht nur die Arbeiter, sondern auch die Arbeitgeber betrifft. Die Organisation der Arbeiter und die Organisation der Arbeitgeber sind zwei Dinge, die nicht getrennt werden können. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Die Organisation der Arbeiter ist ein Prozess, der Zeit braucht, und die Organisation der Arbeitgeber ist ein Prozess, der auch Zeit braucht. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Die Organisation der Arbeiter ist ein Prozess, der Zeit braucht, und die Organisation der Arbeitgeber ist ein Prozess, der auch Zeit braucht.

jezt kämpfende Arbeitstruppen müssen mit militärischen Mitteln zur Ordnung gebracht werden.“

General Baumbach erklärte dazu für die ihm unterstellten Offiziere, daß sie fest zur verfassungsmäßigen Regierung stehen.

Sechsts Erklärungen

Der neuernannte Militärbefehlshaber Generalmajor v. Seckl in von radikaler Seite in den letzten Tagen bereits vielfach angegriffen worden. Das Publikum, das nur von ihm weiß, daß er der ehemalige Generalmajor Klaffenberg war, ist leicht geneigt, ihn für einen Vertreter des alten Geistes zu halten. Dagegen haben sich entschieden demokratische Persönlichkeiten, die sein Wesen und seine Ideen zu kennen glauben, für ihn verbürgt. Sein Austritt vor dem Vultsch, von dem bisher die Öffentlichkeit nichts wußte, und die Energie und Umsicht, mit der er die ungemein schwierige Aufgabe, die übertragene Truppen fortzubringen, gelöst hat, scheinen gleichfalls für ihn zu sprechen. Mehr vermögen Fernstehende im gegenwärtigen Augenblick nicht zu sagen. Wir möchten darum einen Teil der Erklärungen nachdrucken, die der neue Mann in einer Unterredung mit einem Vertreter des V. L. abgegeben hat:

„Es ist ganz klar, daß vorläufig im Velle eine furchtbare Misshandlung und ein Völkermord genau alles herrscht, was Offizier ist. Wir müssen nun die Suppe aussleihen, die diese Leute uns eingebracht haben. Ich habe die Sache kommen lassen. Ich habe nicht gewagt, es nicht schon gehen. Ich muß auch von mir gehen, ich habe an den Willen zum Vultsch geglaubt, nicht an die Ausführung. Als der Vultsch Talsache wurde, habe ich sofort meinen Abschied genommen. Nach dem Zusammenbruch möchte ich meinen Abschied nicht davon abhängig, daß die Reichsregierung ihn wünsche und daß ich ihr Truppen mitbringen könnte. Es kam in diesem Augenblicke darauf an, daß jemand, der einen Namen bei der Truppe hat, die Führung übernahm. — Man hat mir vorgeworfen, ich hätte die bolschewistische Gefahr übertrieben. Abstrahieren habe ich das nicht getan. Ich habe mich aber überzeugt, daß eine gründlich organisierte bolschewistische Bewegung hier nicht existiert. Einzelne Anfänge wurden gemacht.“

Ein großer Teil der Arbeiterschaft war einzig und allein zu dem Zweck aufzustehen, um die Verfassung zu verteidigen. Ich habe dafür für meine Kollegen getreten; heute ist die Sache der gleiche Zustand wiederhergestellt, wie er vor dem 12. März bestand. In der Umgebung Berlins gibt es noch plündernde Banden. Sehr ernst ist die Lage noch im Ruhrgebiet. Die Völkerverhandlungen sind zwecklos gewesen. Mit den wirklich wichtigen und wesentlichen Elementen, den Kommunisten, ist gar nicht verhandelt werden. Im Ruhrgebiet besteht eine kleine Armee wie in Ostpreußen, die auf autarkiebesteht. In den anderen Teilen des Reichs ist es nicht so schlimm. Der Süden ist ganz ruhig. Ostpreußen, das zuerst sehr unruhig war, kommt jetzt in Ordnung, auch Sachen sind wieder sehr beruhigt. Unangenehm sind die Verhältnisse in Kiel und Wilhelmshaven, wo der alte Kampf zwischen Offizieren und Besatzung ausgebrochen ist. Der Reichspräsident hat besondere Kommissare dorthin geschickt, um die Dinge in Ordnung zu bringen.

Auch für die Zukunft dürfen wir nicht vergessen, daß und durch den Friedensvertrag ein Südnordseegebiet aufgefunden worden ist. Ein solches Meer bildet aber immer eine Gefahr im Staate. Ein Meer ist nur dann ungefährlich, wenn es einen integrierenden Bestandteil der Volksgemeinschaft darstellt. Wir müssen hoffen, in absehbarer Zeit bei der Entente zu erwirken, daß wir eine Art von Völkervertrag schließen können. Solange wir aber das Meer in seiner jetzigen Gestalt haben, muß wenigstens dafür gesorgt werden, daß es aus allen Schichten der Bevölkerung zusammengeführt wird. Wir können kein einseitiges Meer gebrauchen. Die Arbeiter und Bürger müssen mit dabei sein.

Die Haltung der Offiziere während der Aufstände muß jetzt genau geprüft werden. Wegen dem der Vorkriegszeit werden werden kann, daß er in dieser Zeit gegen seine Pflicht gehandelt hat, muß sein. Wir haben aber auch manden gehen lassen müssen, dessen Haltung in diesen Tagen einwandfrei war. Wenn unter Offizieren noch verurteilt werden. Man soll die Offiziere und die Truppen nicht politisieren, aber man muß sie politisch aufklären und ihnen zeigen, wo die Interessen und Ziele des Vaterlandes liegen. Man muß ihnen klar machen, daß für Deutschland nur eine ruhige demokratische Entwicklung der Welt wiederzugeben.“

Troops in Vetschanga aufgeschlagen. Vetschanga, nördlich der norddeutschen Grenze an der Ostsee, liegt in einem kleinen Lande und dem bolschewistischen Rußland in gleicher Weise benachbart. Von Truppenkonzentrationen und von Besatzungen ist die Gegend vor der Hand nicht wieder angefüllt worden. Die vor der Hand nicht wieder angefüllt worden. Die vor der Hand nicht wieder angefüllt worden. Die vor der Hand nicht wieder angefüllt worden.

Europas Lage im Unterhause

Amsterdam, 26. März. Telegraf meldet aus London: Alsquitte erklärte gestern im Unterhause die Debatte über die allgemeine Lage in Europa und hat die Beziehungen zwischen Deutschland und den anderen Ländern in Betracht gezogen. Er sprach sich ferner mit der furchtbaren Lage in Ostpreußen, wo die Kronenländer schon seit Monaten ohne Medizin, die Wohnungen ohne Brennstoffe und die Kinder ohne Nahrung sind. Zum Schluß verwies Aquithe auf die Notwendigkeit, den vormaligen Feinden, Deutschland einzugestehen, vollständig auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage sind, den angegriffenen Kriegsschäden zu vergüten.

Lord George sagte: Es sei ein Glück, und zwar nicht allein für Deutschland, daß der monardistische Putsch mißglückt sei. Die Verzögerung in der Lösung der furchtlichen Frage erklärte er mit der Tatsache, daß Wilson im vergangenen Sommer darum erwidert habe, mit der Lösung zu warten, bis er die Amerikaner darüber befragt habe. Es sei schwer, Konstantinopel unter internationale Verwaltung zu stellen. Das Verbot, daß der Sultan im Besitz der Stadt bleibe, wenn die Christenmorde aufhörten, übe einen großen Einfluß aus. Man habe Deutschland mehrmals mit Krediten geholfen. Solange aber keine Ruhe und Ordnung in diesem Lande herrschen, habe das alles keinen Zweck.

Im weiteren Verlaufe seiner Rede sagte sich Lord George ausdrücklich für Frankreich ein, das diesen Krieg nicht gewollt habe. Er wies darauf hin, daß gar kein Grund dafür bestehe, eine Revision des Friedensvertrages zu verlangen. Dem Verfall der Verträge sollte Folge sein, daß Deutschland selbst eine Festigung des angegriffenen Schadens und der Entschädigungssumme, die es vergüten muß, in die Hand nehmen. Bisher habe Deutschland dies jedoch nicht getan. Wenn Deutschland Kredit nötig habe, dann solle es ausgehen, wieviel. Wenn die Sache Deutschlands gerechtfertigt sei, so werde sie erwogen werden.

Frankreichs auswärtige Politik

Die Interpellationsdebatte über die äußere Politik hat in der französischen Kammer mit einer großen Rede Barthous eingeleitet. Barthou sagte unter anderem, daß Frankreich sich nicht in die Angelegenheiten anderer Länder mischen sollte. Er sprach sich ferner mit der furchtbaren Lage in Ostpreußen, wo die Kronenländer schon seit Monaten ohne Medizin, die Wohnungen ohne Brennstoffe und die Kinder ohne Nahrung sind. Zum Schluß verwies Aquithe auf die Notwendigkeit, den vormaligen Feinden, Deutschland einzugestehen, vollständig auf die Beine zu helfen, damit sie in der Lage sind, den angegriffenen Kriegsschäden zu vergüten.

Stellungnahme zu den Völkerverhandlungen

Dagen, 27. März. Hier fand gestern eine Konferenz sämtlicher sozialistischen Parteien aus Rheinland und Westfalen statt, die zu den Völkerverhandlungen Stellung nahm. Die Konferenz sprach sich über die Beziehungen der Arbeiter zu den Völkerverhandlungen aus und war einmütig der Ansicht, zu versuchen, die Rolle der Arbeiter zu veranlassen, sich den Völkerverhandlungen zu fügen. Es wurde festgestellt, daß die Arbeiter die Völkerverhandlungen zu unterstützen haben. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. Die Organisation der Arbeiter ist ein Prozess, der Zeit braucht, und die Organisation der Arbeitgeber ist ein Prozess, der auch Zeit braucht.

Eine Erklärung des Aktionsausschusses

Münster, 26. März. Dem Reichsausschuss ist folgende Erklärung des Aktionsausschusses in Dagen zugegangen: Der Aktionsausschuss in Dagen erkennt die von der Reichsausschuss in Dagen aufgestellten Richtlinien an. Sämtliche Aktionsausschüsse werden aufgefordert, eine gleiche Erklärung abzugeben. 1. Die Durchführung der Völkerverhandlungen ist ein Prozess, der Zeit braucht, und die Organisation der Arbeitgeber ist ein Prozess, der auch Zeit braucht. 2. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. 3. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten. 4. Die Arbeiter müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten, und die Arbeitgeber müssen sich organisieren, um ihre Interessen zu vertreten.

Waffenruhe vor Wesel

Düsseldorf, 27. März. Gestern vormittag 10 Uhr tagte in Dagen eine Konferenz der drei sozialistischen Parteien. Hier wurde einmütig, alle mit Zustimmung sämtlicher kommunistischer Führer, beschlossen, Abstände nach dem Kampfbild nach Wesel zu schicken und den Abbruch der Kampfhandlungen zu veranlassen. Das ist bereits geschehen. Die Front ist im wesentlichen aufgelöst. Der Völkerverhandlungen wird heute an nach Wesel versetzt und trägt den offiziellen Namen Zentralrat.

Zusammenziehung alliierter Truppen

Mün. 27. März. Die alliierte Besatzungsarmee zieht bei Mebe außerordentlich viele Truppenmassen mit Artillerie zusammen. Die Deutsche und Reichswehrverbände nach dem von der russischen Armee besetzten Ruhrgebiet werden auf linksrheinischer Seite unter Beobachtung gestellt.

Ein unmögliches Einigungsprogramm

Leipzig, 26. März. Eine gemeinsame Konferenz der Leitungen der S. D. und der U. S. V. hat folgendes Einigungsprogramm aufgestellt: 1. Sofortige Währungsreform. 2. Abkehrung der Arbeiter von der organisierten Arbeiterbewegung. 3. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 4. Verdrängung aller Exilanten der Arbeiter und Arbeiterinnen. 5. Sofortige Währungsreform aller Exilanten der Arbeiter und Arbeiterinnen. 6. Sofortige Währungsreform aller Exilanten der Arbeiter und Arbeiterinnen. 7. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 8. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 9. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 10. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 11. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 12. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 13. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 14. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 15. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 16. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 17. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 18. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 19. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen. 20. Herausgabe aller Beschlüsse an die Völkerverhandlungen.

Ein Aufruf an Rheinland-Westfalen

Berlin, 26. März. Die Reichsregierung hat an die Bevölkerung von Rheinland-Westfalen einen Aufruf gerichtet, in dem es heißt: Der Aufruf der Reaktion ist zurückgewiesen. Jetzt müssen wir nicht ganz verstehen, was und Wirtshaus schließlich wieder in den normalen Zustand zurückgeführt werden. Sie jetzt noch im Westen befindlichen Truppen und ihre Führer stehen auf dem Boden der republikanischen Verfassung und haben das Vertrauen der Regierung. Um weiteres unangenehmes Blutvergießen zu verhindern, bitten wir die Völkerverhandlungen in Westfalen mit Vertretern aller Parteien teilzunehmen. Arbeitertruppen haben unter Bruch des Abkommens die regierungstreuen Reichswehrtruppen in Westfalen angegriffen. Dieser schwere Vertragsbruch hat die schwerste Gefahr für das Ruhrgebiet und das ganze Vaterland heraufbeschworen. Wir fordern alle besonnenen Arbeiter auf, jede Kampfhandlung einzustellen. Auch

Wesel unter Artilleriefeuer

Münster, 26. März. Amlich wird gemeldet: Entgegen dem am 26. März in Westfalen getroffenen Abkommen über eine sofortige Waffenruhe ist Wesel am 26. März nachmittags von russischen Truppen angegriffen worden. Das auf die Stadt gelegte Artilleriefeuer forderte besonders unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung schwere Opfer. Mehr als 30 Tote und Verwundete sind gezählt, darunter meist Frauen und Kinder. In der Nacht zum 26. fanden in Wesel erneut Verhandlungen zwischen dem bolschewistischen Kommandanten und den Führern der anstehenden Aufständischen statt. Es wurde das sofortige Rückziehen der Angreifer in eine Linie 3 Kilometer südlich der Mühle und unerschütterliche Waffenruhe verlangt. Die Verhandlungen der Aufständischen haben beides angelehnt. Die Waffen sollten in Veddendorf übergeben werden. Auch diese Verhandlungen sind gescheitert. Am 26. März vormittags die gemeinsamen Waffen von einer Kompanie der Reichswehr übernommen werden sollten, wurde diese Kompanie hinterhältig mit Maschinengewehrfeuer überfallen. Die offene Stadt Wesel liegt auch heute noch unter schwerem Artilleriefeuer der Rußländer.

Der Kronprinz und Kapp

Paris, 27. März. Daily Express meldet aus Paris, der ehemalige Kronprinz habe zur Zeit des Kapp-Zuges den Baron v. Hugel nach Berlin mit dem geheimen Auftrag entsandt, den Kronprinz solle sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, falls sie seiner bedürfte. Auch die holländische Regierung habe davon Kenntnis und daher dem Kronprinzen durch eine königliche Verordnung an Dieringen gebunden.

Dänemark besetzt Nordschleswig

Kopenhagen, 26. März. Die die Zeitungen aus Kopenhagen melden, daß die internationalisierte Kommission den Vorschlag des dänischen Ministers für Schleswig Dänien angenommen hat. Dänemark die erste schleswigsche Kommissar für den internationalisierten dänischen Linie mit Polizei- und Justizbehörden besetzt.

Die russische Offensive

Die Telegraf aus London meldet, vermutet man dort einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen des russischen Bolschewistenheeres an der polnischen Front. Der Warschauer Vertreter der Times schreibt: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 500 Kilometer dauert an. Die Angriffe im West-Abchnitt sind wieder aufgenommen worden. Auch weiter südlich an der rumänischen Grenze wird heftig gekämpft.

Nach einem Telegramm des norwegischen Blattes Tidens Tenn aus Krefeld sind 2000 Bolschewisten in Vetschanga eingedrungen. Sie kamen teils über Land, teils auf dem Seewege nach Murman. Die Bolschewisten haben die finnischen

Wesel unter Artilleriefeuer

Münster, 26. März. Amlich wird gemeldet: Entgegen dem am 26. März in Westfalen getroffenen Abkommen über eine sofortige Waffenruhe ist Wesel am 26. März nachmittags von russischen Truppen angegriffen worden. Das auf die Stadt gelegte Artilleriefeuer forderte besonders unter der unbeteiligten Zivilbevölkerung schwere Opfer. Mehr als 30 Tote und Verwundete sind gezählt, darunter meist Frauen und Kinder. In der Nacht zum 26. fanden in Wesel erneut Verhandlungen zwischen dem bolschewistischen Kommandanten und den Führern der anstehenden Aufständischen statt. Es wurde das sofortige Rückziehen der Angreifer in eine Linie 3 Kilometer südlich der Mühle und unerschütterliche Waffenruhe verlangt. Die Verhandlungen der Aufständischen haben beides angelehnt. Die Waffen sollten in Veddendorf übergeben werden. Auch diese Verhandlungen sind gescheitert. Am 26. März vormittags die gemeinsamen Waffen von einer Kompanie der Reichswehr übernommen werden sollten, wurde diese Kompanie hinterhältig mit Maschinengewehrfeuer überfallen. Die offene Stadt Wesel liegt auch heute noch unter schwerem Artilleriefeuer der Rußländer.

Der Kronprinz und Kapp

Paris, 27. März. Daily Express meldet aus Paris, der ehemalige Kronprinz habe zur Zeit des Kapp-Zuges den Baron v. Hugel nach Berlin mit dem geheimen Auftrag entsandt, den Kronprinz solle sich der neuen Regierung zur Verfügung stellen, falls sie seiner bedürfte. Auch die holländische Regierung habe davon Kenntnis und daher dem Kronprinzen durch eine königliche Verordnung an Dieringen gebunden.

Dänemark besetzt Nordschleswig

Kopenhagen, 26. März. Die die Zeitungen aus Kopenhagen melden, daß die internationalisierte Kommission den Vorschlag des dänischen Ministers für Schleswig Dänien angenommen hat. Dänemark die erste schleswigsche Kommissar für den internationalisierten dänischen Linie mit Polizei- und Justizbehörden besetzt.

Die russische Offensive

Die Telegraf aus London meldet, vermutet man dort einen Zusammenhang zwischen den Ereignissen in Deutschland und den heftigen Angriffen des russischen Bolschewistenheeres an der polnischen Front. Der Warschauer Vertreter der Times schreibt: Die bolschewistische Offensive gegen Polen auf einer Front von 500 Kilometer dauert an. Die Angriffe im West-Abchnitt sind wieder aufgenommen worden. Auch weiter südlich an der rumänischen Grenze wird heftig gekämpft.

Nach einem Telegramm des norwegischen Blattes Tidens Tenn aus Krefeld sind 2000 Bolschewisten in Vetschanga eingedrungen. Sie kamen teils über Land, teils auf dem Seewege nach Murman. Die Bolschewisten haben die finnischen

An die Leser!

Die politische Lage, in der sich die deutschen Zeitungen befinden, ist seit Monaten verändertes, hat sich in der letzten Zeit noch beträchtlich verschärft. Sollte man auch nur die in neuerer Zeit ganz außerordentlich gestiegenen Preise für Papier, Farbe, Metalle und sämtliche andere Materialien den Lesern der Zeitungen voll berechnen, so müßten monatliche Bezugspreise sehr hoch werden, die über das Schicksal der früheren hinausgingen.

Wesens kommt die enorme Verteuerung der gesamten Verlagskosten, Böhm und Götlicher, ebenso der Aufstellung der Zeitung und der Anzeigenblätter für Redaktion und den Redaktionsdienst. Nur es früher möglich, einen erheblichen Teil der Papierkosten aus den Einnahmen für die Anzeigen zu decken, so haben sich für die Zeitungen die Selbstkosten der Anzeigen so enorm gesteigert und gleichzeitig ist durch den Rückgang des Verlagspreises der Anzeigenteil derart zusammengeschrumpft, daß der äußerste Wirtschaftswinkel für die große Mehrheit der deutschen Presse immer übertrieben ist. Daß der Aufwandsdruck der Presse eine schwere finanzielle Gefahr bedeutet, hat sich überall gezeigt, wo in diesen empfindlichen Tagen infolge des Rückgangs der Zeitungen nur für kurze Zeit wilde Gerüchte und anonyme Flugblätter an ihre Stelle traten.

Während nun fast im ganzen übrigen Deutschland die Bezugspreise inzwischen schon einmal wieder erhöht werden sind, hat die Dresdner Presse immer neue Opfer gebracht, sich sich aber nicht um ihre Bezugspreise zum 1. April zu erhöhen. Diese Entscheidung entspricht nicht im entferntesten der neuerlichen enormen Preissteigerungen. In sie wird nicht einmal der zünftigen Preis nur annähernd gerecht. Aber es muß gesagt werden, daß es mehr als fraglich erscheint, ob auf diese Weise auch nur für längere Zeit die Preise aufrechterhalten werden kann. Wenn nicht im öffentlichen Interesse die entsprechende Menge der für den Druck und die unentbehrlichsten anderen Materialien nötigen Stoffe der Wirtschaftlichen und zum Teil wucherischen Preissteigerung entgegen und gesteuert wird, dann könnte natürlich auch der Reichhaltigkeit dieser Bezugspreissteigerung nicht lange die Presse vor dem Zusammenbruch und das öffentliche Leben vor dessen Folgen bewahren.

Die vom 1. April an in Betracht kommenden Bezugspreise erhöhen müssen bescheiden genannt werden, wenn man die so vielfach höheren Preise für alle anderen Dinge des täglichen Lebens damit vergleicht. Auch das bitten wir unsere Leser zu bedenken.

Dresdner Anzeiger. Dresdner Nachrichten. Dresdner Volkszeitung. Sächsische Staatszeitung. Sächsische Volkszeitung.

Der Bezugspreis der Dresdner Volkszeitung beträgt vom 1. April an 4,50 M. monatlich bei freier Poststellung und Post. Der Inseratenpreis wird vom gleichen Zeitpunkt an auf 1,00 M. für die Zeile erhöht.

Agitationsbezirk Dresden

Wir haben den Ortsgruppenleitern die Nr. 3 des Mitteilungsblattes sowie das Vorkundensformular für das mit 20. März zu Ende gehende Quartal zugesandt. Soweit einzelne Ortsgruppen diese Zusendung nicht erhalten haben, bitten wir, dies sofort mitzuteilen. Wir ersuchen die Ortsgruppen, die Abrechnung und die Gelder diesmal pünktlich, und zwar bis spätestens den 10. April an den Hauptkassierer ihrer Unterbezirke — im 2. Unterbezirk an die Kassierer der Agitationsbezirke — einzusenden. Die Frist darf diesmal unter keinen Umständen verlängert werden, um die Abrechnung für den ganzen Bezirk schnellstens fertig stellen zu können. Der Bezirksvorstand muß unter allen Umständen bereits im Monat April mit den Unterbezirken die Vorarbeiten für die Wahlen vornehmen können. Wir bemerken noch, daß die Delegationen an Parteitagen und Konferenzen nach den in den Unterbezirken abgesetzten Beitragsmarken verrechnet werden.

Weiter erinnern wir die Unterbezirke nochmals an unser Zirkular vom 24. Februar, betreffend die Neubestellung der Parteikorrespondenzen. Für die Unterbezirke, deren Neubestellung nicht bis spätestens Montag den 29. März in den Händen des Bezirkssekretariats ist, wird bis zum Eingang derselben die Lieferung der Parteikorrespondenz eingestellt werden, da wir von Parteivorstand, wie bereits in unserem Zirkular mitgeteilt, vom 1. April an nur die neubestellte Auflage erhalten. Bis jetzt haben auf unser Zirkular nur der 3. und 5. Unterbezirk geantwortet.

Der Bezirksvorstand Dresden.

Sächsische Angelegenheiten

Forderungen der sächsischen Sozialdemokratie an die Regierung

In einer gemeinsamen Konferenz der Vertretungen der sächsischen sozialdemokratischen Landes- und Bezirksorganisationen sowie der sozialdemokratischen Volksstammesorganisation ist beschlossen worden, folgende politische Forderungen an die Staatsregierung zu stellen:

1. Sofortige Auflösung der Zeittreuepflichtigen-Gruppen.
2. Organische Umgestaltung der Hilfspolizei nach den bereits gefassten Beschlüssen der Volkskammer, besonders der Berufung von politischen Vertrauenspersonen als Beamte der Hilfspolizei nach an leitende Stellen und Ausstattung mit autoritativen Rechten.
3. Einbeziehung der Zeittreue für die Einwohnerehren.
4. Einwirkung auf die Reichsregierung, die Reichswehr demokratisch auszubauen, damit diese eine wirklich zuverlässige republikanische Verfassung wird.
5. Ablegung des Generals Maercker.
6. Sofortige Anagnirnahme der Demokratisierung der Verwaltung durch Einlegung sozialistischer und demokratischer Beamte, besonders auch an leitenden Stellen.
7. Scharfes Vorgehen gegen solche Beamte, die sich bei leidigend oder wünschenswert gegen die Regierung gezeigt oder als Anhänger der Kapp-Verbrechen erklärt oder bewiesen haben.
8. Einleitung von Verhandlungen über die Tätigkeit und den Ausbau der Exekutivkommissionen.
9. Scharfere Organisation der Spannschicht.
10. Forderung von Rotverordnungen zur Ermöglichung strengster Bestrafung und Verfolgung von Schleichhändlern und Wucherern.
11. Die Reichsregierung aufzufordern, unverzüglich ein Ermächtigungsgesetz zu erlassen, das den Landesregierungen die Möglichkeit gibt, gegen Unternehmer vorzugehen, die die Wohlhabenden in Arbeitslosigkeit treiben.

Wir behalten uns vor, zu den hier aufgeführten Forderungen noch besonders Stellung zu nehmen. Die große Mehrheit der Forderungen ist offenbar sehr zweckmäßig und ihre baldige

Durchführung erscheint durchaus geboten. Einige aber entgegen wohl den Wünschen zahlreicher Genossen im Lande, die sich kein klares Bild von den Schwierigkeiten machen können, mit denen die Regierung zu ringen hat; sie sind aber leichter zu stellen als durchzuführen. Das gilt besonders von dem Punkt 11, der offenbar durch die Entschädigung des Oberverwaltungsgerichts gegen die Zwangsverwaltung in den Leubsdorfer Kohlenwerken, veranlaßt worden ist. So unbedenklich es erscheint, einen Weg zu finden, so schwierig ist es, einen Rechtsboden für ein solches Verfahren zu schaffen. Zwei Eingriffe in revolutionären Zeiten, wobei man noch Gelingen nicht zu fragen braucht. Seltlich das leicht machen wenn oder vorläufigsmögliche Zustände herrschen, dann gilt es, solche Ermäßigungen mit den Vorzügen des Bürgerlichen Gesetzbuches und der Verfassung in Übereinstimmung zu bringen. Das wäre von einer sozialdemokratischen Parlamentsmehrheit wohl auch halb zu machen, ist aber im Reichstage, wo wir doch auf die Unterstützung bürgerlicher Vertreter angewiesen sind, nur schwer zu erreichen.

Einschläger, aber nicht weniger schwierig ist die Durchführung der Forderung unter 6. Sie würde ja von der Regierung schon längst erfüllt sein — denn die Parteigenossen im Lande fordern es schon längst —, wenn ihr nicht sehr beträchtliche Schwierigkeiten entgegenstünden. Sie hier alle anzuführen, ließe wohl der Regierung die Aufgabe noch schwieriger zu gestalten. Wahrscheinlich werden über diesen Punkt noch weitere Verhandlungen stattfinden. Denn in der vorliegenden Form wird die Forderung wohl von der Regierung für unannehmbar erklärt werden. Eine solche Differenz zwischen einer Partei, die in erster Linie die parlamentarische Basis für die Regierung bildet und der Regierung könnte aber zu Konsequenzen führen, die die Parteistellungen selbst nicht wünschen, wenn eine Vereinbarung nicht zustande käme.

Als die wichtigste und nächste der Forderungen bezeichnen wir die unter Nr. 4, die die Umgestaltung der Reichswehr nach demokratischen Grundsätzen betrifft, um sie zu einer soliden Schutztruppe für die Republik zu machen. In engstem Zusammenhange damit steht Punkt 2, der die Umgestaltung der Hilfspolizei betrifft. Diese Forderung müßte von der sächsischen Regierung erfüllt werden, jene von der Reichsregierung. Für beide müssen alle Kräfte eingesetzt werden. Denn es geht hier darum, die ersten Voraussetzungen zur Sicherung der Republik und der Verfassung zu schaffen.

Das öffentliche solche Forderungen an die Regierung gestellt werden, ist gewiß etwas auffällig, erklärt sich aber aus der neu in wilde Bewegung veretzten Zeit, die vor allem einen starken Ruf nach links gebracht und durch das Zusammengehen beider sozialdemokratischen Richtungen eine neue Situation geschaffen hat. Andererseits aber kommt darin auch eine gewisse Unzufriedenheit der Genossen im Lande zum Ausdruck, denen die Maßnahmen der Regierung im Sinne der Arbeiterforderungen nicht weit genug gehen. Wir haben Verständnis für diese Stimmung. Können sie aber nicht für voll berechtigt finden. Gewiß sind viele Wünsche heute noch unerfüllt. Aber wer sich nicht darauf beschränkt, darüber seinen Born zum Ausdruck zu bringen, sondern auch den Behörden für dieses ideale Verlangen nachspricht, wird bald erkennen, daß sie in der tiefen Not der Zeit, den mannigfaltigen Schwierigkeiten und Widerständen zu suchen sind, mit denen eine vorwiegend sozialistische Regierung in dieser Zeit zu kämpfen hat, die uns so überraschend in eine maßgebende politische Stellung gebracht und mit einem Schläge von einer Opposition zur Regierungspartei gemacht hat. Doch darüber wird gelegentlich noch manches zu sagen sein. Für heute mag es mit diesen Bemerkungen zur Sache sein. Beenden haben.

Was nun tut!

Man schreibt und: Hat nicht den in der Dresdner Volkszeitung vom 26. März veröffentlichten Artikel: Die Stellung der Hilfspolizei, unermüdet in die Öffentlichkeit gehen zu lassen, erlaube ich, auch meine nachfolgenden Zeilen zur Kenntnis der Leser zu bringen:

Der Genosse und Verfasser des Artikels: Die Stellung der Hilfspolizei, glaubt auf Grund seiner Erfahrung mindestens mit 2/3 der Beamtenämter als gewerkschaftlich und 1/3 bis 2/3 als politisch organisiert zu betrachten. Das muß nicht sein, aber für mich klar, daß nicht alle von denjenigen, die man glaubt als Organisierte anzusehen zu dürfen, schon jemals im Besitze eines Mitgliedsbuches einer Gewerkschaft gewesen sind. Wenn aber trotzdem der Verfasser glaubt, die Garantie für den Artikel von dieser Abteilung zu übernehmen, kann es nur im Interesse der Arbeiter liegen.

Es gibt aber auch eine Abteilung der Hilfspolizei, wo es wesentlich anders aussieht. In dieser Abteilung ist es bis jetzt noch nicht möglich gewesen, sich Klarheit darüber zu verschaffen, wieviel Prozent dort gewerkschaftlich organisiert sind. Dort ist es sogar, ohne Widerspruch der Beamtenämter, möglich gewesen, daß einem Beamtenämter in einer außerdienstlichen Versammlung von Abteilungskommandeur, der auch nur Veranlassungsbefugter war, das Wort entzogen wurde. Am andern Tage ist dann der Betreffende sogar noch deswegen dienstlich vom Abteilungskommandeur zur Rede gestellt und der Sanktion bezichtigt worden.

Dieser Herr Abteilungskommandeur glaubte nun am 18. März die Stunde für gekommen, wo er endlich seinen Traum nach entschuldigten besseren Zeiten wieder in die Wirklichkeit umsetzen konnte. War er doch bemüht, nach am selben Tage mit freudetrübender Miene seine gerade anwesenden Beamten zusammenrufen zu lassen, um ihnen das freudige Ereignis mitzuteilen. Die dabei gebrauchte Rede wendung war das Ministerium des Innern, wohin dieser Vorfalle gemeldet ist, zu untersuchen haben. Das Ministerium wird auch zu prüfen haben, ob dieser Mann auch fernherhin auf seinem Posten bleiben kann.

Nach all dem Vorgeschriebenen, was noch weiter ergänzt werden könnte, hoffe ich, den Beweis erbracht zu haben, daß in dieser Abteilung die Zahl der Organisierten nicht sonderlich groß sein kann, denn sonst würde das Untersuchungsverfahren gegen den Herrn Abteilungskommandeur von mehreren Seiten veranlaßt worden sein.

Es wird deshalb Aufgabe der Regierung sein müssen, daß die bereits bei der Hilfspolizei bestehenden Kommissare vermehrt und mit größerer Vollmacht ausgestattet werden, um in Zukunft solche Vorverurteilungen zu unterbinden. Auch wird man den Beamtenämtern Unterricht über Staatsrecht und Staatsverfassung angedeihen lassen müssen, damit sie sich bei einer etwaigen Wiederholung dieses Süssches nicht als Subjekte der Reaktion verwenden lassen.

Die Lage in Leipzig und Sachsen

Die militärischerseits mitgeteilt wird, brachte der letzte Donnerstag in Leipzig keine besonderen Ereignisse. Die Massenabgabe zeitigt nur sehr geringe Ergebnisse. Etwa 500 Gewehre, wenig Munition und einige Strohbleche wurden eingebracht. Die Waffe der Waffen ist zuverlässigen Meldungen zufolge noch ausfindig gebracht und vergraben worden. In Grimmitzsch ist ein zehnköpfiger im Begenslag zur sächsischen Regierung stehender Aktionsausschuss gebildet worden. Seit Donnerstag ist dort die Arbeit wieder aufgenommen. Die

Bezahlung der Streiklöhne ist erzwungen worden. In Grimma wurde eine bewaffnete Parade von 400 Mann, der es in der Nacht gelungen war, in die Kaserne einzudringen, nach kurzem Feuergefecht verjagt. Auf Seiten der Truppen gab es keine Verluste. In Leisnig, Zeitzsch, Meisa, Borna und Oldorf herrscht Ruhe.

Das kommunistische Aktionskomitee in Leipzig teilt mit, daß bei den Kämpfen in Leipzig während der letzten Tage der vorigen Woche auf Seiten der Arbeiter 166 Tote und über 200 Verwundete waren. Die Lage in Leipzig sei noch nicht vollständig geklärt. Heute sind wieder sämtliche Telefonleitungen zwischen Leipzig einerseits und Sächsischland andererseits gestört.

Maerckers Rücktritt

Eine Korrespondenz will zu melden, daß General Maercker am Freitag sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe.

Das Gesamtministerium

hat beschloffen, den Entwurf eines Gesetzes, Änderungen des Forst- und Feldstrafgesetzes vom 26. Februar 1900 betreffend, der Volkskammer vorzulegen. Ferner hat es dem Wunsche des Präsidenten des Oberverwaltungsgerichts Dr. v. Dypen um Verlegung in den dauernden Ruhestand entprochen und den früheren Gelehrten in Berlin v. Nostiz-Drzewiecki zu seinem Nachfolger ernannt.

Erhöhung der Feuerungszulagen aus der Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse für Sachsen

Vom 1. April 1920 an betragen die Zulagen bei den Invaliden monatlich 35 M. (statt bisher 25 M.) und bei den Witwen 20 M. (statt bisher 15 M.). Es ist also bereits die der Pensionsauszahlung Anfang April über die erhöhten Beträge zu quantifizieren. Gleichzeitig sind die Einkommensgrenzen, bis zu denen die Zulagen bewilligt werden, bei den Invaliden auf jährlich 4000 M. (anstatt bisher 1500 M.) und bei den Witwen auf jährlich 2000 M. (anstatt bisher 800 M.) erhöht worden. Invaliden und Witwen, die bisher noch keine Zulage erhalten haben, können die Bewilligung derselben bei der Verwaltung der Allgemeinen Knappschafts-Pensionskasse für Sachsen in Freiberg beantragen.

Hypothekenzinsen und Arbeitslosenunterstützung

Die Gerichte haben sich schon öfters mit allerlei unlauteren Machenschaften zu beschäftigen gehabt, die Angeklagte angewandt hatten, um Arbeitslosenunterstützung zu erhalten. Solche Machenschaften werden als ein Verstoß angesehen, der nicht gerade in einem milden Lichte erscheint, denn es handelt sich hierbei um Schädigungen öffentlicher Kassen und Einrichtungen, deren Kosten die Allgemeinheit zu tragen hat, und so fallen die Strafen unter Umständen denn auch recht empfindlich aus. Wie genau man es mit den Angaben über die Einkommensverhältnisse bei Beantragung der Arbeitslosenunterstützung zu nehmen hat, zeigte eine Verhandlung wegen Betrugs, die sich vor dem Leipziger Landgericht gegen einen kaufmännischen Reisenden richtete. Der Angeklagte hatte versprochen, daß er eine Hypothek besitzt, deren Zinsen eine allerdings heutzutage nicht erhebliche Einnahme bilden. In der Verhandlung führte er zu seiner Entschuldigung an, daß die Zinsen ganz unregelmäßig eingingen, er könne mit ihnen nicht rechnen. Das Schöffengericht konnte diesen Einwand nicht gelten lassen, es hielt den Betrag für erwiesen und erkannte auf eine Gefängnisstrafe von zehn Tagen.

Zwickau. Die Strafkammer verurteilte den 40 Jahre alten hiesigen Gymnasialoberlehrer Dr. phil. Walter Vobels, aus Leipzig gebürtig, wegen Eintrachtverbrechens an einem seiner Schüler zu einem Jahr vier Monaten Gefängnis. Auch wurde ihm auf die Dauer von drei Jahren die Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Ämter abgeprochen.

Stadt-Chronik

Die U. S. P. und die Eingangsfrage

In einem langem, in der Unabhängigen Volkszeitung veröffentlichten Artikel wendet sich der erweiterte Vorstand der U. S. P. Groß-Dresden an die Mitglieder der Kreisorganisation, um die Zustimmung zu gestreuen, die in den letzten Tagen innerhalb der Mitgliederfreie um sich gegriffen habe. Er legt da dem kommunistisch angelegten Linksradikalismus in den Reihen der U. S. P. folgenden Dämpfer auf:

Es muß aber entschieden bestritten werden, daß es der U. S. P. Parteileitung möglich gewesen wäre, durch Anwendung irgendwelcher Mittel mehr zu erzielen, als erzielt worden ist. Wie unter so erscheinenden Maßnahmen gemessen werden nicht nur an der tatsächlichen Kraft der U. S. P., wie auch insbesondere der allgemeinen Arbeiterkraft, sondern auch an der noch vorhandenen Macht des Militärs und der gesamten bürgerlichen Klasse. In oft haben wir in vergangener Zeit lernen müssen, daß es nicht nur darauf ankommt, etwas zu erringen, daß es vielmehr noch notwendig ist, das Errungene auch behaupten zu können. Jetzt aber die "Rückstufung" auszusprechen über die "Diktatur des Proletariats" zu stabilisieren, in einer Zeit, wo es gilt, die Gegenrevolution zu besiegen, hätte geheißen, die Gegenrevolution zu stärken, statt zu schwächen. Sich in Dresden mit Gewalt in Besitz von Waffen zu setzen, hätte nicht nur die starke Macht der Reichswehr gegen uns ausgelöst, nicht nur die weitere Notwendigkeit des Bestehens der Zeitverhältnisse in den Augen der Regierung und des Bürgertums bewiesen, nein, es hätte auch endlose Blutopfer gekostet, für deren Verbeistehung aber die Parteileitung nicht die Verantwortung übernehmen zu können glaubte.

Am Schluß des Artikels kommt der Vorstand der U. S. P. auf die Eingangsbestrebungen zu sprechen, über die er schreibt:

Und nun macht sich in unserer Partei das Bestreben geltend, eine Verbindung oder gar Parteieinigung mit der S. P. D. sowohl als mit der S. V. D. herbeizuführen. Ohne Kenntnis und unter vollständiger Umgehung der Parteileitung bilden sich Aktionsausschüsse mit Unterstützung von Genossen unserer Partei, um das Ziel der „Eingung“ zu erreichen. Es muß an dieser Stelle ernstlich und mit Nachdruck gesagt werden: die Genossen, die so handeln, schädigen nicht nur die Partei, sie durchsetzen nicht nur die Arbeit gewisser Gruppenleitungen, sie tragen nicht nur Verantwortung in die Hände der Arbeiterschaft, nein, sie reißen sich selber bei dieser Schizophrenie auf. Sie geben Mittel der allgemeinen Partei aus, die nutzbringender verwendet werden müssen und erreichen doch nichts. Entweder ist der Weg, den die U. S. P. D. bisher eingeschlagen hat, richtig dann müssen die Genossen anderer politischer Auffassung sehr bald zur Erkenntnis der Nichtigkeit kommen und sich unserer Partei anschließen, oder unser Weg, unser Programm ist falsch, dann müssen die Genossen, die solcher Auffassung sind, auch die Konsequenzen ziehen und entweder der U. S. P. den Rücken kehren oder doch innerhalb der Partei Maßnahmen ergreifen, die zu einer anderweitigen Beurteilung der politischen Situation führen. Einen andern Weg kann es nicht geben. So oder so! Gleichen die Genossen hier oder dort, daß an der Spitze der Partei Leute stehen, die nicht die Interessen der Parteigenossen wahrnehmen, dann hinweg mit diesen „Führern“. Kommen aber die Genossen nach ruhiger Würdigung der Tatsachen zu der Einsicht, daß die

Helga Petri
 für Laute. Neues Programm.
 Nächsten Dienstag, 7 Uhr
 Logenhaus

Auferstehung
 Ein Osterspiel v. Oskar Enkling.
 Karten: 4, 2, 1, 50. Spielplatz 1 M. u. 50 Pf.
 Nächsten Mittwoch, 4 u. 7 Uhr
 Logenhaus

Karin Lehmann
 Wilhelm Ammann, Klavier
 Sonntag, 21. und 28. März
 6. Beilke, Hauptstr. 7

Gründungs-Orchester
 Gewerbehaus.
 Morgen Sonntag
 Dr. verkleid. Konzert
 Leitung: Kap. Ferdinand Nölde.
 Eintritt: 200 M. u. 30 Pf. Steuer.
 Anfang 7 Uhr.

8. Lindner-Konzert
 Leitung: Carl Lindner.
 Karten: 1, 2, 3, 4, 5, 6, 7, 8, 9, 10, 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100.

Zoologischer Garten
 Sonntag den 28. März 1920
 nachmittags 5 Uhr:
 Dresden (1920)
Philharmon. Orchester
 Chorgesang: Kap. Ferdinand Nölde.
 Eintritt: 200 M. u. 30 Pf. Steuer.
 Anfang 7 Uhr.

Volkshaus-Theater
 Hagenbergstraße 2, am Schützenplatz
 Sonntag den 28. März, abends 7 Uhr
Comedie Gendri.
 Eintritt in 3 Stufen von
 50 Pf. bis 1.50 M. (1920)

Restaurant Deutsches Schild
 Hagenbergstr. 13, 14, 15. Votenbergstr. 10
 Täglich: Täglich:
 Sonntag: Sonntag:
 Eintritt: 1.50 M. (1920)

Ein Fest in Wien.
 Große Wiener Hofkapelle, aus-
 geführt von den Herren G. W. W. W.
 unter Leitung des berühmten
 Gottlieb.
 Eintritt frei! Anf. 4 Uhr. Eintritt frei!

SARRASANI
 Morgen Sonntag 2 Vorstellungen mit
 dem gleichen Circus-Theaterprogramm
 Nachmittags zahlen Kinder halbe Preise.
 Verkauf im Residenz-Kaufhaus und an
 der Kassenscheibe. Telefonische Bestellungen
 Nr. 2385 und 2386. 1920
 Anfang 3 Uhr nachts und 7 Uhr abends.
 Sarrasani-Troscadero ab 7 Uhr.

Treff Wasserfall
 Dresden-St. Bonifazstraße 3
 3 Minuten vom Hauptbahnhof, 1920
 Internationaler Verkehr.
Gasthof Seidnitz
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.

Gasthof Seidnitz
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.

Gasthof Seidnitz
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.

Gasthof Seidnitz
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.

Gasthof Seidnitz
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.
 Tel. 3000 - Umkleen der Stufe 12.

Ball-Anzeiger für Sonntag.

Alberthöhe Klotzsche
 Straßendampfen 7 u. 13
 10 Uhr
Ball-Nans-Ball
 10 Uhr
Ballsaal Germania Gruna.
 10 Uhr

Grüne Wiese Gruna, Dinte 12
 10 Uhr
Hammers Hotel Grunau
 10 Uhr
Kollacks Klubl. Künstler-Kapelle.
 10 Uhr

Bellerue Waltherstrasse 27
 Sonntag 4 Uhr
Bürgergarten Lübeckstr. 15
 10 Uhr
Caro Garten Gerokstraße 27
 10 Uhr

Kristall-Palast Dresden
 10 Uhr
Kurbans Klotzsche Leubnitz-Neuostra
 10 Uhr
Müllers Gasthaus Kesseldorfer Str. 16
 10 Uhr

Constantia Neue Straße 12
 10 Uhr
Deutsche Reichskrone Fockestraße 12
 10 Uhr
Die Linden Co. 1a, Hagenbergstr. 13
 10 Uhr

Masenhalle Kesseldorfer Str. 16
 10 Uhr
Nachtflatter Glacisstraße 28
 10 Uhr
Orphanum Kammerstr. 10
 10 Uhr

Donaths Neue Welt Fockestraße 12
 10 Uhr
Drei-Kaiser-Hotel Grunau
 10 Uhr
Eldorado Tanz-Eck
 10 Uhr

Paradiesgarten Dresden, Endstr. 1, 2
 10 Uhr
Reichshallen Palmstr. 18
 10 Uhr
Reichsschmied Oberdorfstr. 12
 10 Uhr

Elysium Räcknitz
 10 Uhr
Erkennung Schandauer Straße 73
 10 Uhr
Felsenkeller Fischer-Orchester 111
 10 Uhr

Schützenhaus Schützenstr. 1
 10 Uhr
Schweizerhäusern Schwarzer Str. 1
 10 Uhr
Spiegelgalerie Briesnitz
 10 Uhr

Gambrinussäle Löbauer Straße 66
 10 Uhr
Gasthof Blasewitz
 10 Uhr
Gasthof Cossebaude
 10 Uhr

Stadt Bremen Leipziger Str. 58
 10 Uhr
Stadt Leipzig
 10 Uhr
Waldvilla Dresden-Trachau
 10 Uhr

Gasthof Hockritz
 10 Uhr
Gasthof Pieschen
 10 Uhr
Gasthof Uebigau
 10 Uhr
Gasthof Wölfnitz
 10 Uhr

Westend Chemnitzstr. 107
 10 Uhr
Wilder Mann Ersiki, Balimusk.
 10 Uhr

Goldene Krone
 10 Uhr
Goldnes Lamm
 10 Uhr

Gasth. Kleinnaundorf
 10 Uhr
Gasth. Kohlsdorf
 10 Uhr

Kadix
Gasthof Coschütz
Feiner Ball
Pennrich Seine Ballmusik

Kammer-Lichtspiele
 Wilsdruffer Straße 29 Fernsprecher 17060
 Das Monumental-Filmwerk
 Das
Recht auf Liebe?
 7 Akte Die Geschichte einer menschlichen Verirrung. 7 Akte
 Kein Aufklärungs- oder Tendenzfilm. Die ungemein fesselnde Handlung ist reich an Spannung und erschütternden Momenten, die das Interesse von Szene zu Szene steigern.
 Darsteller: Käthe Richter, Gertrude Wecker, Fr. Aelterberg, Bruno Eichgrün, Magnus Klüver, E. Hofmann.
 Wochentags 5^{1/2} bis 10 Uhr. (1920) Sonntags 3 bis 10 Uhr.

Dresdner Hofbrauhaus-Biere

wohlgeschmeckend und bekömmlich.



Zentralhalle
 10 Uhr
Diana-Gaal
 10 Uhr

Tivoli-Palast
 Jeden Sonntag und Montag
Waffenl. Gesellschaftsh.
Buntes Theater
 Täglich ab 7 Uhr.



Vaterland Licht-Spiele
 Freiburger Platz - 20.
 Täglich 8^{1/2}-10, Sonntags 3-10 Uhr
Irenes Fehltritt
 Fesselndes Drama in 5 Akten (1920)
 Uraufführung! Haupt: Ina Harding
 sowie das herrliche Beiprogramm.

M. S. Lichtspiele
 Moritzstr. 10.
Weib gegen Weib
 Drama aus dem russischen Geheim-
 bundleben, 4 Akte.
 Hauptrolle:
Charlotte Böcklin
 Ferner:
Seine Ferienbrant
 Lustspiel in 2 Akten. (1921)

PATA MORGANA
 Nur noch bis Montag
MADAME DUBARRY
 Ein Filmwerk in 7 Akten.
 In den Hauptrollen:
Pola Negri
 Harry Liedtke, Reinhold Schünzel
 Emil Jannings, E. v. Winterstein.
 Vorstellungen:
 Wochentags von 5^{1/2}-10 Uhr
 Sonntags von 3-10 Uhr.

Reichshallen
 10 Uhr
Reichsschmied
 10 Uhr
Schusterhaus
 10 Uhr
Schützenhaus
 10 Uhr
Schweizerhäusern
 10 Uhr
Spiegelgalerie Briesnitz
 10 Uhr
Stadt Bremen Leipziger Str. 58
 10 Uhr
Stadt Leipzig
 10 Uhr
Waldvilla Dresden-Trachau
 10 Uhr
Westend Chemnitzstr. 107
 10 Uhr
Wilder Mann Ersiki, Balimusk.
 10 Uhr

BIOX ZAHNPASTA
 mit Sauerstoff-Wirking
 nach Holzer Dr. Zucker
WIEDER DA
 Wie Gemälde
 von Geben, Stammen
 können. Aufschauen
 Gelingen in prima
 Weltkunst
 Blumen
 Blumen
 alles in bestmöglicher
 Ausführung
 zur Gedächtnisfeier
 am 10. April 1920
Jahn & Hampel
 Joh. G. Hampel
 Gemenhardstr.
 101
 1-2. Stockwerk
 1-2. Stockwerk
 1-2. Stockwerk
 1-2. Stockwerk

Küchen
 Schlafzimmer
 Sofas, Schränke
 Vertikals, Schreibt.
 usw. preiswert
Max Jaffe Söhne
 Marschstr. 34.
 Altona

J. Rappell
 Fleischer, Potzschappel
 1920

Defreit
 von der
 Schreyer
 1920

Frauentee
 "Kehr-Wieder"
 1920

**Schreib-
 maschinen-
 Reparaturen**
 M. & R. Zocher
 1920

